



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON
UNDOCUMENTED MIGRANTS

PICUM QUARTALSRUNDBRIEF April - Juni 2015

GRENZEN

VEREINTE NATIONEN

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GESUNDHEITSWESEN

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

GRENZEN

DATEN / Aktualisierte Liste mit Todesfällen von Migrant/inn/en und interaktive Landkarte

Um auf den internationalen Weltflüchtlingstag am 20. Juni aufmerksam zu machen, hat das Netzwerk UNITED for intercultural Action eine aktualisierte Ausgabe der Liste von Todesfällen von Migrant/inn/en und Flüchtlingen veröffentlicht, die an Europas Grenzen gestorben sind sowie von Todesfällen durch Gewaltanwendung oder Verweigerung des Zugangs zu Hilfe. Das Netzwerk hat überdies eine [Landkarte](#) veröffentlicht, die einen Überblick über die Toten gibt und ruft damit gleichzeitig die Zivilbevölkerung dazu auf, gegen die Politik der EU, die zu Todesfällen von Migrant/inn/en führe, zu protestieren. Zwischen 1993 und 2015 gehen laut des Netzwerkes mindestens 22.000 Todesfälle auf restriktive EU-Politik zurück. Die Daten setzen sich aus eigenen Erhebungen, Informationen von 550 Netzwerkorganisationen in 48 Ländern sowie von lokalen Expert/inn/en, Journalist/inn/en und Wissenschaftler/inn/en zusammen. Die Liste mit den Todesfällen kann [hier](#) abgerufen werden, die interaktive Landkarte [hier](#).

EUROPOL / Vorstellung des gemeinsamen Einsatzteams MARE

Europol hat am 17. März 2015 den gemeinsame Einsatz MARE (Joint Operational Team (JOT) MARE), einen maritimen Nachrichten- und Sicherheitsdienst vorgestellt, der zum Ziel hat, Schmugglernetzwerke im Mittelmeerraum besser aufzuspüren und nachverfolgen zu können. JOT ist in den Geschäftsräumen von Europol in Den Haag untergebracht und wird damit beauftragt sein,

koordinierte und auskunftsorientierte Aktionen durchzuführen, um Schmugglernetzwerke, die im Mittelmeerraum operieren, aufzuspüren. Dreizehn EU Mitgliedstaaten beteiligen sich an JOT MARE: Belgien, Zypern, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Malta, die Niederlande, Portugal, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Quellen: [Europol](#), 17. März 2015; [European Commission Press Release Database](#), 17. März 2015

FRONTEX / Jährliche Risikoanalyse 2015

Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, hat am 28. April 2015 seine [jährliche Risikoanalyse](#) veröffentlicht. In dem Bericht wird hervorgehoben, dass im Jahr 2014 insgesamt 28.000 Fälle irregulärer Grenzüberschreitungen verzeichnet wurden. Der Bericht betont außerdem, dass die zentrale Mittelmeerroute mit 60% aller verzeichneten irregulären Grenzübertritte nach wie vor die meistgenutzte Route für irreguläre Grenzübertritte darstellt. Der gesamte Bericht kann [hier](#) gelesen werden.

Quelle: [Frontex](#), 28. April 2015

UNGARN / Vorhaben zum Bau eines Grenzzauns, um Migrant/inn/en und Flüchtlinge an der Einreise zu hindern

Ungarn plant den Bau eines vier Meter hohen und 175 Kilometer langen Grenzzaunes zu Serbien, um Migrant/inn/en und Flüchtlinge daran zu hindern, in das Land einzureisen. Ungarische und serbische Polizeichefs trafen sich am 22. Juni 2015 und vereinbarten, gemeinsame Schritte zu unternehmen, um irreguläre Migrant/inn/en abzuschrecken. Das Vorhaben beinhaltet unter anderem die Installation von vier mobilen Wärmebildkameras auf serbischer Seite. Zusätzlich werden Polizeieinheiten an der serbisch-mazedonischen Grenze patrouillieren. Die Oppositionspartei Együtt sagte, dass die Regierung in Bezug auf die Menschlichkeit versagt habe und konstant nationale Interessen verletze, indem sie Ungarn von den westlichen Partnern isoliere. Die Oppositionspartei betonte außerdem, dass es „inakzeptabel“ sei, dass die Regierung Menschen Hilfe verweigere, deren Leben bedroht würde. Weniger als eine Woche nachdem die Pläne zur Errichtung eines Zaunes öffentlich wurden, kündigte Ungarn an, dass es die Dublin Verordnung aussetzen würde, was bedeutet, dass Ungarn sich zukünftig weigert, Migrant/inn/en und Asylsuchende aufzunehmen, die die EU über die ungarische Grenzen erreicht haben und von dort in andere EU Länder weiter reisen wollen. Die Europäische Kommission verlangte eine Erklärung der ungarischen Regierung für ihre Gründe des Verstoßes gegen die Verordnung.

Quellen: [The Budapest Times](#), 26. Juni 2015; [Euronews](#) 23. Juni 2015

MITTELMEER / Todesfälle und Rettungsaktionen von tausenden von Migrant/inn/en dauern an

Tausende von Migrant/inn/en wurden gerettet und tausende starben zwischen April und Juni 2015 im Mittelmeer. Schätzungen zufolge ertranken mindestens 700 Migrant/inne/en am 19. April 2015 außerhalb der Hoheitsgewässer von Libyen. Etwa 440 Menschen starben zwischen dem 11. und 15. April 2015 bei dem Versuch nach Europa zu gelangen. Die italienische Küstenwache berichtet, dass am 30. Mai 2015 innerhalb von 24 Stunden über 4.200 Migrant/inn/en gerettet wurden. Sie wurden von Fischerbooten und Schlauchbooten im Rahmen von insgesamt 22 Einsätzen gerettet, an denen Italien, Irland, Deutschland, Belgien und Großbritannien beteiligt waren. Am 2. Mai starteten Ärzte ohne Grenzen (Médecins sans Frontières) und die private Hilfsorganisation Migrants Offshore Aid Station (MOAS) eine gemeinsame Rettungsaktion, um Migrant/inne/en im Mittelmeer zu retten. Die Operation soll noch bis Ende Oktober 2015 durchgeführt werden. Am 18. Juni 2015 veröffentlichte Human Rights Watch (HRW) den Bericht "Die Migrationskrise im Mittelmeerraum: Warum Menschen fliehen, was die EU tun sollte" ('The Mediterranean Migration Crisis: Why People Flee, What the EU Should Do'). Der Bericht dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in den Heimatländern der Migrant/inn/en, die die Menschen dazu verleiten, das Meer zu überqueren sowie die Schwächen der EU Migrations- und Asylpolitik. Den vollständigen Bericht können Sie [hier](#) herunterladen.

Quellen: [MOAS press release](#), 16. Mai 2015; [Malta Today](#), 2. Mai 2015; [The Guardian](#) 30. Mai 2015; [The Guardian](#), 19. April 2015

BERICHT / Dossier über ein umfassendes System humanitären Schutzes

Die Stiftung für Europäische Progressive Studien (Foundation for European Progressive Studies (FEPS)) hat im Mai 2015 ein Dossier mit dem Titel "[Migrant/inn/en sind nicht das 'Problem auf dem Meer': Von Grenzen ohne Leichen hin zu einem umfassenden System humanitären Schutzes](#)" ("Migrants are not 'problems at sea': From corpse-free gates towards a comprehensive system of human protection"). Der Bericht argumentiert, dass es anstelle von noch restriktiveren und strikteren Regelungen hinsichtlich des Eintritts in die EU, besser wäre, sich auf ein umfassendes Eingliederungssystem, das auf einem Quotensystem basiert, zu konzentrieren. Des Weiteren wird in dem Bericht betont, dass diejenigen, die vor Konflikten fliehen ein limitiertes Recht auf Schutz haben und dass die EU Mitgliedstaaten ihre Such- und Rettungsaktionen überarbeiten sollten. Der Bericht kann [hier](#) gelesen werden.

Quelle: [FEPS](#), 8. Mai 2015

SPANIEN / Vom Parlament verabschiedetes Gesetz zur öffentlichen Sicherheit beinhaltet Sonderregelungen für Ceuta und Melilla

Am 1. April 2015 ist ein Gesetz über die Öffentliche Sicherheit in Spanien in Kraft getreten. Es ändert den [Foreigners' Act](#) und lässt die sofortige und kollektive Ausweisung ("devoluciones en caliente") von Migrant/inn/en zu, ohne diesen einen fairen Prozess an den südlichen Grenzen Spaniens in Ceuta und Melilla zu gewähren. In einem Urteil, dass ein Gericht in Melilla am 22. April 2015 fällte, betonte das Gericht, dass diese Gesetzesreform den Vorgehen in Melilla nun eine „rechtliche Grundlage“ gäbe. Ein Video der spanischen NRO Prodein zeigt solch eine kollektive Ausweisung im August 2014, bei der die spanischen Grenzpolizei Gewalt anwandte. Das Video kann [hier](#) abgerufen werden. Währenddessen hob die Organisation Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (APDHA) in ihrem Jahresbericht die Grundrechtsverletzungen, die Migrant/inn/en in Ceuta und Melilla wiederfahren, hervor. Des Weiteren wird in dem Bericht eine Analyse des Grenzzaunes aufgeführt sowie die Situation von Migrant/inn/en in Marokko. Der Jahresbericht ist [hier](#) abrufbar.

Quellen: [Abogacía Española](#), 15. April 2015; [El Mundo](#), 22. April 2015.

SPANIEN / Junge z von mittellosem Vater ur Familienzusammenführung im Koffer über die Grenze geschmuggelt

Eine marokkanische Frau wurde am 7. Mai 2015 bei dem Versuch gefasst, einen 8 Jahre alten Jungen in einem Koffer über die marokkanisch-spanische Grenze in Ceuta zu bringen. Kurz danach wurde der Vater des Kindes, ein Ivorer, der über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt und auf Fuerteventura arbeitet, festgenommen. Gemäß der spanischen Vorschriften der Familienzusammenführung war das Monatsgehalt des Mannes von insgesamt 1.131 Euro nicht genug (um 50 Euro zu wenig), um sein zweites Kind zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter auf regulärem Wege ins Land zu holen. Der Vater holte deshalb zunächst seine Frau sowie seine Tochter auf regulärem Wege zu sich und zahlte dann einen Schmuggler, um das zweite Kind ebenfalls nach Spanien zu bringen. Die Nachricht verbreitet sich weltweit und führte zu einer Petition zugunsten der Zusammenführung der Familie, die innerhalb von drei Tagen von mehr als 55.000 Menschen unterzeichnet wurde.

Quellen: [Noticias](#) 7. Mai 2015; [Süddeutsche Zeitung](#), 8. Mai 2015

SÜDOSTASIEN / Tausende Migrant/inn/en kommen per Boot nach Indonesien, Malaysia und Thailand

Schätzungsweise 7000 bis 8000 Migrant/inn/en, hauptsächlich aus Bangladesch und Myanmar, wurden im Andamanmeer aufgegriffen. Unter ihnen befanden sich viele Personen der ethnischen Minderheit der Rhohinga, die vor der Verfolgung in Myanmar geflohen waren. Nach Aussagen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, sind seit Anfang des Jahres mehr als 25.000 Menschen über das Andamanmeer geflohen. Rohingya und Menschen aus Bangladesch fliehen schon seit Jahren

vor Verfolgung und Armut, das Phänomen wurde jedoch sichtbarer nachdem Thailand kürzlich ein Schmugglernetzwerk zerschlagen hatte. Indonesische, malayische und thailändische Seestreitkräfte haben Boote mit Migrant/inn/en von ihren Küsten zurückgedrängt. Aufgrund internationalen Drucks, willigten Malaysia und Indonesien am 20. Mai 2015 ein, tausende von Migrant/inn/en, die gestrandet waren, vorerst aufzunehmen bis sie in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können oder in ein Drittland umgesiedelt werden. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) rief zu einer Spende von \$26 Millionen auf, um bis zu 10.000 Migrant/inn/en im Andamanmeer helfen zu können.

Quellen: [The New York Times](#), 20. Mai 2015; [The International Organisation for Migration \(IOM\)](#) 26. Mai 2015

VEREINTE NATIONEN

UN / UNHCR macht auf Risiken auf der Migrationsroute im westlichen Balkan aufmerksam

Der Sprecher des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) hat in einer Pressemitteilung ([hier](#) verfügbar) vom 12. Juni 2015 die steigenden Gefahren erwähnt, denen viele Migrant/inn/en und Flüchtlingen auf der Route über den westlichen Balkan nach Europa, ausgesetzt sind. Nach Angaben der Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen ist die Anzahl an Menschen, die im Westbalkan einen Antrag auf Asyl gestellt haben zwischen 2012 und 2014 von 5000 auf 20.000 gestiegen. Die Situation ist insbesondere in der Republik Mazedonien schwierig. [Ein Bericht des englischen Kanal 4](#), der am 5. Juni 2015 veröffentlicht wurde, deckte auf, dass hunderte Migrant/inn/en von Banden in Mazedonien entführt werden und um Lösegeld zu erpressen in abgelegenen Häusern festgehalten werden.

Quellen: [Balkans Insight](#), 8. Juni 2015; [UNHCR](#), 12. June 2015

UN / Neuer Bericht des Sonderbeauftragten für Menschenrechte von Migrant/inn/en

Der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für die Menschenrechte von Migrant/inn/en, François Crépeau, hat am 8. Mai 2015 seinen Bericht „Mobilität über eine Generation fördern: Folgebericht der regionalen Studie Verfahren an den EU-Außengrenzen und ihren Auswirkungen auf die Menschenrechte von Migranten“ ([A/HRC/29/36](#)) veröffentlicht. Der Bericht geht dabei insbesondere auf den Schutz der Rechte von Migrant/inne/en an der Außengrenzen der EU ein. Des Weiteren hebt er die nach wie vor bestehenden Menschenrechtsbelange in der Region hervor und hinterfragt die langfristige Durchführbarkeit der Migrationspolitik der EU und betont überdies die Notwendigkeit, Wege zu errichten, auf welchen Menschen regulär in die EU einreisen können.

Quelle: United Nations Human Rights, [29th regular session of the Human Rights Council](#)

ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Europäische Migrationsagenda

Die Europäische Kommission hat am 13. Mai 2015 ihre [Europäische Migrationsagenda](#) veröffentlicht. Die Agenda setzt Prioritäten einschließlich der Rettung von Menschenleben durch eine Verdreifachung des Budgets für die gemeinsamen Frontex-Einsätze Triton und Poseidon; Schleusernetze zu zerschlagen durch mögliche Einsätze, bei denen Boote von Schleusern identifiziert und zerstört werden sollen; vermehrter gemeinsamer Verantwortung innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten durch Umsiedlung von Flüchtlingen sowie Partnerschaften mit Drittländern. Des Weiteren stellt die Agenda vier Schwerpunkte für eine bessere Steuerung der Migration dar: Anreize für irreguläre Migration zu reduzieren, einschließlich vermehrter Durchführung von Abschiebungen; Grenzschutz; eine stärkere gemeinsame Asylpolitik; und neue Politik für legale Migration. Für nähere Informationen zur Europäischen Migrationsagenda, klicken Sie [hier](#).

EUROPÄISCHER RAT / Kampf gegen Schleuser und verstärkte Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern

Migration war eines der Themen auf der Tagesordnung beim Treffen des Europäischen Rats vom 25. zum 26. Juni in Brüssel. Bei der Diskussion ging es um die gestiegene Zahl der Migranten und Flüchtlinge, die bei Boot nach Europa kommen. Staats- und Regierungschefs beschlossen, die Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern und den Kampf gegen Schleuser zu verstärken. Dies schließt die neue EU-Marineoperation "[EUNAVFOR Med](#)" gegen Schleuser und Menschenhändler im Mittelmeer, die am 22. Juni 2015 vom Rat eingeführt wurde. Organisationen für die Rechte von Migranten und Flüchtlingen, wie beispielsweise ProAsyl, kritisierten die militärische Einheit dafür, dass sie nicht Menschenleben rettet und gegen internationales Gesetz ist. Bei der Debatte des Europäischen Rats ging es auch um die Umverteilung von 40,000 Asylsuchenden aus Italien und Griechenland sowie die Umsiedelung von 20,000 Flüchtlingen (hauptsächlich aus Syrien und Eritrea), die noch nicht in der EU angekommen sind. Insgesamt sollen 60,000 Asylsuchende und Flüchtlinge umverteilt oder umgesiedelt werden durch einen Plan, der Ende Juli von den EU-Innenministern festgelegt wird. Luxemburg wird ab Juli die Ratspräsidentschaft übernehmen und somit die Verhandlungen leiten. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, nannte dies eine 'bescheidene Bemühung' hinsichtlich der großen Anzahl von schutzsuchenden Migranten und Flüchtlingen.

Quellen: [The Guardian](#), 26. Juni 2015; [Euranet Plus](#), 26. Juni 2015; [RTBF](#), 29. Mai 2015; [ProAsyl](#) 22. Juni 2015; [The Guardian](#), 15. Juni 2015; [Le Monde](#), 15. Juni 2015; [L'Humanité](#), 22. Juni 2015

EUROPÄISCHE KOMMISSION / Informationsblatt zur Kooperation der Europäischen Union mit Afrika hinsichtlich Migration

Die Europäische Kommission hat das Informationsblatt „*The European Union's cooperation with Africa on migration*“ zu ihrer Zusammenarbeit mit Afrika hinsichtlich Migration am 22. Juni 2015 veröffentlicht. Das Informationsblatt stellt die rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit zu Migration und zum [Gesamtansatz für Migration und Mobilität \(GAMM\)](#) zwischen der EU und Afrika dar. Das Informationsblatt beschreibt auch politische Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union, einschließlich einer [politischen Erklärung zu Migration und Mobilität](#), welche von Staats- und Regierungschefs beim EU-Afrika Gipfel im April 2014 bestätigt wurde sowie den [Aktionsplan \(2014-2017\)](#), der auf die politische Erklärung folgte.

Quellen: [New Europe](#), 1. April 2015; [European Commission](#), 22. April 2015

EU / Zwei neue Fonds der EU Innenpolitik

Die zwei neuen EU Fonds, der „Asyl-, Migrations- und Integrationsfond“ und der „Fonds für die Innere Sicherheit“ erhalten gemeinsam 6.9 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2014-2020. Sie ersetzen vier Fonds für den Zeitraum von 2007-2013: den Außengrenzenfonds, den Rückkehrfonds, den Flüchtlingsfonds und den Fonds für Integration von Drittstaatsangehörigen. Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfond hat ein Budget von 3.1 Milliarden Euro und zielt darauf ab, die Lebenssituation von Asylsuchenden und von Migranten mit Aufenthaltsstatus zu verbessern sowie die Rückführungspolitik zu verstärken. Der Fonds für die Innere Sicherheit hat ein Budget von 3.8 Milliarden Euro und betrifft zwei Bereiche: der Bereich Außengrenzen und Visa und der Bereich Zusammenarbeit beim Gesetzesvollzug, Vorbeugung und Unterbindung von Kriminalität und Krisenmanagement. Dieser Fonds bezieht sich auf Sicherheit und Bekämpfung irregulärer Migration.

Quelle: [Nouvelle Europe](#), 7. April 2015

EUROPÄISCHES PARLAMENT / Daten und Fakten zu irregulärer Migration in der EU

Das Europäische Parlament hat im April 2015 ein Informationsblatt mit dem Titel ‚Irreguläre Immigration in der EU: Daten und Fakten‘ (‚Irregular Immigration in the EU: Facts and Figures‘) veröffentlicht. Die Broschüre bietet Daten zur Auffindung von irregulären Migranten, zu Aufforderungen, EU-Mitgliedsstaaten zu verlassen und den daraus folgenden unterstützten oder erzwungenen Rückführungen im Jahr 2014. Die Broschüre hebt hervor, dass von insgesamt 547,335 ermittelten irregulären Migranten, ein Drittel der Personen aus Syrien, Eritrea und Afghanistan

stammten. Der Bericht sagt aus, dass insgesamt 156,470 Migranten deportiert oder durch Unterstützung in ihr Herkunftsland zurückgeführt wurden. Die Broschüre ist [hier](#) verfügbar.

NATIONALE ENTWICKLUNGEN

GRIECHENLAND / Bürgermeister stimmen für Unterbringung von undokumentierten Migranten

Griechische Bürgermeister bestätigten ihre Unterstützung für den Plan der Regierung, sich mit der steigenden Anzahl von Migranten ohne Aufenthaltsstatus auseinanderzusetzen, indem sie Unterbringungsmöglichkeiten bereitstellen, wenn diese finanziell von staatlicher Seite unterstützt werden. Die Vereinigung von Stadtverwaltungen in Griechenland (KEDE) traf sich am 16. April mit der stellvertretenden Ministerin für Immigrationspolitik, Tasia Christidoulopoulou, die locale Behörden darum bat, zeitlich befristete Unterbringungsmöglichkeiten für jeweils 20 bis 100 Migranten vorzuschlagen. Das Ziel ist, Migranten ohne Aufenthaltsstatus bestmöglich von den griechischen Inseln auf das Festland umzusiedeln. Der Bürgermeister von Athen, Giorgos Kaminis, sagte, dass die Verpflichtung gleichmäßig in ganz Griechenland verteilt werden müssen und dafür auch Hilfe seitens der EU benötigt wird.

Quellen: [Greek Reporter](#), 18. April 2015; [Ekathimerini](#), 16. April 2015

GRIECHENLAND / Parlamentarisches Komitee stimmt Staatsbürgerschaftsgesetzesentwurf zu

Ein Parlamentarisches Komitee hat einem neuen Gesetz zugestimmt, welches Migranten der zweiten Generation die Staatsbürgerschaft ab Juni 2015 gewährleistet. Es wird erwartet, dass weniger als 100,000 Personen davon betroffen sind. Das Gesetz fordert, dass die betreffenden Personen schon an einer griechischen Grundschule eingeschrieben sein mussten und ihre Eltern mindestens fünf Jahre vor ihrer Geburt mit einem Aufenthaltsstatus in Griechenland gelebt haben. Trotz einigem Widerstand, wurde der Gesetzesentwurf von SYRIZA, Potami, PASOK und den Unabhängigen Griechen befürwortet. Quelle: [Ekathimerini.com](#), 9. Juni 2015

ITALIEN / Organisationen rufen Regierung auf, die Dekriminalisierung von Migranten ohne Aufenthaltsstatus effektiv umzusetzen

Nachdem der italienische Senat im Januar 2014 abgestimmt hatte, dass eine irreguläre Einreise nach Italien und der irreguläre Aufenthalt nicht länger ein Verbrechen sind (Siehe [PICUM Bulletin 27 January 2014](#)), wurden die vorgesehenen Maßnahmen dazu nicht innerhalb von 18 Monaten wie geplant umgesetzt. Daher hat eine Gruppe von Organisationen einschließlich Amnesty International Italien, die Vereinigung für legale Studien zu Migration ("Associazione di studi giuridici sull'immigrazione"), Ein gutes Recht („A buon diritto“) und Ärzte für Menschenrechte ("Medici per i diritti umani") am 28. April einen Brief an den Präsidenten des italienischen Staatsrats geschrieben, in welchem sie dazu auffordern, dass irreguläre Migration nicht mehr als Verbrechen im legalen System behandelt wird. Die Kriminalisierung von Migranten ohne Aufenthaltsstatus bedeutet, dass diese riskierten, Geldstrafen zu zahlen.

Quelle: [Stranieri in Italia](#), 4. Mai 2015

NIEDERLANDE / Notunterkunft nur für undokumentierte Migranten die bei ihrer Rückführung ins Herkunftsland kooperieren

Die holländische Regierung hat am 22. April eine neue Regelung verabschiedet, die vorsieht, dass Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, Obdach gewährt wird, wenn sie bei der Rückführung in ihr Herkunftsland kooperieren. Der Aufenthalt in den Notunterkünften ist auf ‚einige Wochen‘ begrenzt. Diejenigen, die eine Zusammenarbeit ablehnen, werden keinen Zutritt zu den Unterkünften erhalten. Des Weiteren können nur die fünf größten Städte solche Unterkünfte bereitstellen während andere Gemeinden bestraft werden können, wenn sie solche Dienstleistungen anbieten. Quelle: [Overheid](#), 22. April 2015; [Niederlande.net](#), 28. April 2015; Migration News Sheet, Mai 2015

SERBIEN / Undokumentierte Migranten und Asylsuchende von der serbischen Polizei schikaniert und misshandelt

Die serbische Polizei hat wiederholt die Rechte von Migranten und Asylsuchenden missachtet, laut einem Bericht der Organisation Human Rights Watch (HRW). HRW hat 81 undokumentierte Migranten und Asylsuchende in Serbien und Mazedonien im Zeitraum von November 2014 bis January 2015 befragt, einschließlich Kindern. Diese berichteten gewalttätige Misshandlungen, Bedrohungen, Beleidigungen und illegale Gruppenrückführungen nach Mazedonien durch die serbische Polizei. Migranten wurden auch davon abgehalten, einen Asylantrag zu stellen und mussten im Freien ohne Unterkunft in der Kälte schlafen. HRW kritisierte insbesondere, dass der besondere Schutz von Kindern nicht gewährleistet wird und gibt an, dass es die Verantwortung der serbischen Regierung ist, sich an die UN Konvention über die Rechte des Kindes zu halten.

Quelle: [Human Rights Watch](#), 15. April 2015

GESUNDHEITSVERSORGUNG

IRLAND / Kostenlose hausärztliche Versorgung für Kinder unter sechs Jahren ab Juli 2015

Das lang geplante Vorhaben der irischen Regierung, Kindern unter sechs Jahren kostenlose hausärztliche Versorgung zu gewähren, tritt im Juli 2015 in Kraft. Es ist das Ergebnis einer Übereinkunft zwischen der Regierung und der Vertretung der Ärzteschaft, der Irish Medical Organisation (IMO). Etwa 270,000 Kinder werden von dem Abkommen profitieren. Derzeit ist die medizinische Grundversorgung für alle Menschen in Irland, auch für Kinder, kostenpflichtig, es sei denn, das Einkommen ihrer Eltern unterschreitet einen bestimmten Betrag. Irreguläre Migranten können die Krankenversicherungskarte, die Anspruch auf kostenlose medizinische Grundversorgung gibt, nicht beantragen. Daher müssen sie die Zahlungen in voller Höhe selber leisten. Nach der neuen Regelung haben alle Kinder unter sechs Jahren, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, einen Anspruch auf kostenlose hausärztliche Versorgung.

Quellen: [Department of Health, Press release](#), 29. April 2015; [RTÉ News](#), 10. April 2015; [Irish Times](#), 10. April 2015.

BERICHTE / Große rechtliche und praktische Hürden beim Zugang zu medizinischer Grundversorgung für undokumentierte schwangere Frauen und undokumentierte Kinder in Europa

Ärzte der Welt (Médecins du Monde, MdM) hat im Mai 2015 zwei neue Berichte zum Thema Zugang zu Gesundheitsversorgung veröffentlicht. Der Bericht „Access to healthcare for people facing multiple health vulnerabilities“ (Zugang zu Gesundheitsleistungen für Menschen mit gesundheitlicher Anfälligkeit) stützt sich auf Erkenntnisse aus MdM Programmen für über 22,000 Patienten in 25 europäischen Städten. Der Bericht legt ein besonderes Augenmerk auf Kinder und schwangere Frauen. Er benennt zahlreiche rechtliche und praktische Hindernisse, mit denen sich diese Gruppen in ganz Europa beim Zugang zu medizinischer Grundversorgung konfrontiert sehen. Mehr als die Hälfte der schwangeren Frauen hatte keinen Zugang zu Schwangerenfürsorge gehabt, bevor sie zu den MdM Zentren kamen. In allen untersuchten Ländern haben undokumentierte schwangere Frauen einen gesetzlichen Anspruch auf Vorsorgeleistungen. Das Ausmaß des Zugangs variiert jedoch stark, und in der Praxis gibt es erhebliche Hürden. Der Bericht widerlegt auch den Mythos, dass Migranten aus medizinischen Gründen nach Europa kommen, indem er aufzeigt, dass nur 3% der Befragten aus medizinischen Gründen migriert sind. Weiterhin hat MdM den Bericht „Legal report on access to healthcare in 12 countries“ (Rechtsgutachten über den Zugang zur Gesundheitsversorgung in 12 Ländern – Belgien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei und Großbritannien) veröffentlicht. Der Bericht soll ein Instrument für Angehörige von Gesundheitsberufen, Wissenschaftler, Nichtregierungsorganisationen, politische Entscheidungsträger und andere Interessensvertreter sein. Sie sollen ein besseres Verständnis der rechtlichen und administrativen Hindernisse, die Menschen vom Zugang zu der notwendigen Gesundheitsfürsorge abhalten, gewinnen. Der Bericht ist [hier](#) verfügbar.

SCHWEDEN / Zwischenbilanz der gesetzlichen Ausweitung von Gesundheitsversorgung für undokumentierte Migranten

Die Schwedische Agentur für Öffentliche Verwaltung hat am 15. April 2015 einen [Zwischenbericht](#) über die Umsetzung eines Gesetzes veröffentlicht, das die Gesundheitsversorgung für undokumentierte Migranten neu geregelt und ausgeweitet hat. ([Gesetz 2013:407](#); siehe [PICUM Bulletin 12. Juli 2013](#)). Die Schwedische Agentur für Öffentliche Verwaltung stellt fest, dass im Einklang mit Gesetz 2013:407, das am 1. Juli 2013 in Kraft trat, den meisten undokumentierten Migranten, die um Gesundheitsleistungen nachsuchen, diese auch gewährt werden. Trotzdem gibt es Hindernisse. Angehörige von Gesundheitsberufen haben beispielsweise keine ausreichenden Informationen und Kenntnisse über die neue Gesetzeslage und ihre Auswirkungen auf die klinische Praxis. Die Verfahren für die Verwaltung und Dokumentierung von Gesundheitsleistungen für irreguläre Migranten sind unzureichend, so dass Krankenakten nicht angemessen geführt werden. Darüber hinaus wird der Begriff „unaufschiebbare Gesundheitsversorgung“ nicht einheitlich interpretiert. Die Klinik von Ärzte der Welt in Stockholm gibt an, dass 20% der von ihnen behandelten undokumentierten Patienten zuvor die ihnen zustehenden Gesundheitsleistungen verweigert worden waren. Die Schwedische Agentur für Öffentliche Verwaltung stellt weiterhin fest, dass bei der Einführung der neuen Gesetzgebung die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen durch undokumentierte Migranten zu hoch eingeschätzt wurde. Die Agentur legt in ihrem Zwischenbericht eine Reihe an Empfehlungen vor. Landkreise sollen die Richtlinien aktualisieren, in denen festgelegt ist, wer Anspruch auf Gesundheitsversorgung hat. Sie sollen undokumentierte Migranten besser informieren und Schulungen für Angehörigen von Gesundheitsberufen anbieten. Der Bericht ist [hier](#) (auf Schwedisch) verfügbar.

ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

BELGIEN / Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes fordert Achtung von Sozial- und Arbeitsrechten durch Subunternehmer

Etwa 50 Personen, darunter undokumentierte Migranten, kamen am 2. Juni 2015 zu einem Protest gegen Sozialdumping durch Subunternehmen zusammen. Initiiert wurde der Protest von der Brüsseler Sektion des Christlichen Gewerkschaftsbundes (Confédération des syndicats chrétiens, CSC). Undokumentierte Migranten sind oft von Untervergabe betroffen. Der CSC fordert eine Charta, die Firmen und Subunternehmer miteinander verbindet und dafür sorgt, dass Sozial- und Arbeitsrechte gewahrt werden. Die undokumentierten Arbeiter betonten, dass die Arbeitgeber ihnen die Regularisierung versprechen, sie aber in der Zwischenzeit unter ausbeuterischen Bedingungen und für sehr niedrige Gehälter arbeiten lassen.

Quelle: [La Libre](#), 2. Juni 2015

BELGIEN / Ratifizierung der Konvention 189 über Hausangestellte

Belgien hat am 10. Juni 2015 die [Konvention 189 über die Rechte von Hausangestellten](#) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Am 16. Juni, dem Internationalen Tag der Hausangestellten, fanden weltweit Demonstrationen für die Ratifizierung der Konvention 189 und für eine Reform von Arbeitnehmerrechten statt. Zentrale Forderungen sind das Recht auf einen Mindestlohn und soziale Schutzbestimmungen für alle Hausangestellten, unter denen viele undokumentierte Migrantinnen sind. Einschließlich der kürzlich erfolgten Ratifizierungen durch Belgien, die Dominikanische Republik, Finnland, Panama und Chile haben nun insgesamt 21 Staaten die Konvention ratifiziert.

Quellen: OR.C.A, 11. Juni 2015 ([Französisch](#)) ([Niederländisch](#)); [ITUC](#), 16. Juni 2015; [National Domestic Workers Alliance](#), Presseerklärung, 11. März 2015

KAMPAGNE / Einsatz für die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen

‘Step It Up: Dignity, Rights, Development’ (Der nächste Schritt: Würde, Rechte, Entwicklung) heißt eine globale Kampagne, die das Netzwerk „Migrant Forum in Asia“ und ihm angeschlossene Organisationen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, der Ausschuss zum Schutz der Rechte der Arbeitsmigranten und ihrer Familienangehörigen, und die Internationale Arbeitsorganisation initiiert haben. Im Mittelpunkt steht die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen. Die Kampagne wirbt für die Ratifizierung der Konvention und wurde im Vorfeld des 25. Jahrestags der Verabschiedung der UN-Wanderarbeiterkonvention am 18. Dezember 2015 lanciert. Die Webseite der Kampagne befindet sich [hier](#).

DEUTSCHLAND / Kurzfilm und Buch über Menschenhandel in Deutschland

Die deutsche Nichtregierungsorganisation „Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V., KOK) hat am 21. Mai 2015 einen Kurzfilm und ein Buch mit dem Titel „Menschenhandel in Deutschland – eine Bestandsaufnahme aus Sicht der Praxis“ veröffentlicht. Film und Buch stellen die Arbeit des KOK vor und veranschaulichen in umfassender Weise das Phänomen Menschenhandel in seinen verschiedensten Ausprägungen. Das Buch verbindet die rechtliche und praktische Perspektive miteinander und beleuchtet alle Ausbeutungsformen sowie Themen wie Datenschutz. Das Buch steht in englischer und deutscher Sprache zur Verfügung und kann [hier](#) für 4€ bestellt werden. The film ist in deutscher Sprache [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.](#), 13. Mai 2015

POSITIONSPAPIER / Analysing the impacts of the European Union Employers’ Sanctions Directive

Die Plattform für Internationale Kooperation zu Migranten ohne Aufenthaltsstatus (PICUM) hat am 1. Mai 2015 ein Positionspapier veröffentlicht, das die praktischen Auswirkungen der EU-Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsgenehmigung beschäftigen (2009/52/EC), analysiert. Das Positionspapier untersucht die Umsetzung des EU-Rechts in Belgien, Tschechien, Italien und den Niederlanden. Das Papier empfiehlt unter anderem einen „Schutzwall“ zwischen Ausländerbehörden und Arbeitsinspektoren, von denen nicht verlangt werden sollte, dass sie irreguläre Migranten den Ausländerbehörden melden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass ausbeuterische Verhältnisse angezeigt werden und Zugang zu Rechtsmitteln besteht. Das Positionspapier ist [hier](#) verfügbar.

VN / Neue Datenbank zu Rechtsfällen zum Thema Menschenhandel

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hat eine Datenbank zu Rechtsfällen im Bereich Menschenhandel eingerichtet. Diese Datenbank ermöglicht den direkten, öffentlichen Zugang zu offiziell dokumentierten Fällen von Menschenhandel. UNODC hofft, durch die Datenbank die Sichtbarkeit erfolgreicher Verurteilungen zu erhöhen und gleichzeitig eine größere Öffentlichkeit für die Wirklichkeit von Menschenhandel zu schaffen. Der Zugang zur Rechtsprechungsdatenbank ist über [diesen Link](#) möglich.

UNDOKUMENTIERTE FRAUEN

ERKLÄRUNG / Internationales Treffen des Rotes Kreuzes führt zu Erklärung über die Rechte von Arbeitsmigrantinnen

Das Internationale Komitee der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) und nationale Gruppen aus den Regionen Asien, Naher Osten und Nordafrika hielten vom 12. Zum 13. Mai eine Konferenz, die die Verbesserung humanitärer Hilfe für Arbeitsmigranten, insbesondere weiblichen Hausangestellten, thematisierte. Auf der Konferenz wurde die „Erklärung von Manila über weibliche Hausangestellte“ (Manila Declaration on Women Household Service Workers) verabschiedet. Mit der Erklärung verpflichten sich die nationalen Gruppen zu einer intensiveren Zusammenarbeit zu diesem Thema, vor allem hinsichtlich der Einflussnahme auf ihre jeweiligen Regierungen und andere Akteure.

Quelle: [International Federal of Red Cross and Red Crescent Societies](#), 19. Mai 2015

SCHWEDEN / Für undokumentierte Frauen, die Opfer von Gewalttaten werden, sind in sechs von zehn Kommunen Unterstützung und Schutz nicht gewährleistet

Laut dem Barometer über Gewalt gegen Frauen, veröffentlicht von der Dachorganisation von Notunterkünften Unizon, haben die meisten Städte in Schweden keine konkreten Richtlinien zur Behandlung von Fällen, in denen undokumentierte Frauen Gewalttaten zum Opfer fallen. Sechs von zehn schwedischen Kommunen können undokumentierten Frauen, die Opfer von Gewalttaten werden, keine Garantie für Unterstützung und Schutz geben. Einige kommunale Beamte wissen nicht, dass die Gesetzesänderung vom 1. Juli 2013 (Gesetz SFS 2013:654) sie von der Pflicht entbindet, die Ausländerbehörden über jeglichen Kontakt mit irregulären Migranten zu informieren. Sie informieren daher die Migrationsbehörde, wenn undokumentierte Frauen mit der Bitte um Hilfe zu ihnen kommen. Der Bericht (auf Schwedisch) ist [hier](#) verfügbar.

Quelle: [Sveriges Radio](#), 7. April 2015

UNDOKUMENTIERTE KINDER UND IHRE FAMILIEN

EU / MdEPs verlangen Nachfolgeprogramm für die EU Agenda für Kinderrechte

Die interfraktionelle Arbeitsgruppe Kinderrechte des Europäischen Parlaments veröffentlichte am 30. April 2015 eine Mitteilung, die gegenüber der Europäischen Kommission für die Notwendigkeit eines Nachfolgeprogramms der 2014 ausgelaufenen Agenda für Kinderrechte wirbt. Am 25. Jahrestag der UN Kinderrechtskonvention, im November 2014, hat auch das Europäische Parlament die Europäische Kommission aufgefordert eine aktualisierte Agenda für Kinderrechte zu erarbeiten. Lesen Sie die Erklärung der interfraktionellen Arbeitsgruppe [hier](#).

EU / Handbuch / Wie die Empfehlung der Europäischen Kommission zur Investition in Kinder umgesetzt werden kann

Das [‘Anwendungshandbuch – Umsetzung der Empfehlung zur Investition in Kinder’](#) wurde am 1. April 2015 vom Europäischen Parlament aktualisiert. Das Handbuch herausgegeben von der Europäischen Vereinigung zur Investition in Kinder (EU Alliance for Investing in Children) geht auf die aktuelle Notlage in Sachen Kinderarmut in Europa ein und zeigt wie die Empfehlungen der Europäischen Kommission [‘Investition in Kinder: den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen’](#) umgesetzt werden können. So werden 15 erfolgreiche Beispiele aus den verschiedenen Ländern vorgestellt. Zwei der Beispiele betreffen die Inklusion undokumentierter Kinder: eine Rechtsklinik in Italien, welche Kinderarmut und Ungleichheit durch verbesserten Zugang zur Justiz verringern möchte und ein Modell von inklusiven Unterstützungen und Praktiken in der Stadt Barcelona. Das Handbuch und weitere Dokumente stehen [hier](#) zum Download bereit.

UK / Innenministerium ordnet die an, dass nach Nigeria abgeschobene Familie, nach Großbritannien zurückgeholt wird

Das Innenministerium wurde beauftragt eine nigerianische Frau und ihren fünf Jahre alten Sohn zu lokalisieren und auf Kosten des Innenministeriums zurück nach Großbritannien zu bringen, um eine gerichtliche Ächtung zu vermeiden. Der Fall betrifft eine 45-jährige nigerianische Frau (bekannt als BF), die mit ihrem fünfjährigen Sohn (bekannt als RA) im Januar 2015 trotz bekannter psychischer Gesundheitsprobleme und des Risikos in Nigeria zu verarmen, abgeschoben wurde. Die Kanzlei des Kommissars für Kinder hatte eine Revision der Entscheidung für die Abschiebung des Kindes angestrengt. Das resultierende Urteil zeigte, dass in der Entscheidung für die Abschiebung die Belange des Kindes nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Quellen: [The Independent](#), 22. April 2015; [The Electronic Immigration Network](#), 22. April 2015; Coram Children's Legal Centre- Migrant Children's Project Newsletter, April 2015

UK / Kinder in der Armutsfalle eines "disfunktionalen Systems"

Eine neue [Studie](#) mit dem Titel 'Kinder vor Armut schützen: Wie Kommunen mit Familien ohne Zugang zu öffentlichen Mitteln umgehen („Safeguarding children from destitution: local authority responses to families with ‘no recourse to public funds’)' wurde von COMPAS (Centre on Migration, Policy and Society) der Universität Oxford veröffentlicht. Die Studie basiert auf dem Widerspruch zwischen der Einwanderungsgesetzgebung, nach welcher manche Familien von Leistungen des Wohlfahrtsstaat ausgeschlossen werden, während eine Auflage der UN Kinderrechtskonvention von 1989 (Sektion 17) von den Kommunen Dienstleistungen für das Wohlergehen eines jeden Kindes und für den Zusammenhalt von Familien fordert. Zwei Drittel (66%) der von den untersuchten Kommunen unterstützten Familien waren undokumentiert. Die Ergebnisse zeigen, dass manchen Familien der Zugang zu Unterstützung verweigert wird, während andere Kinder zwar Hilfe erhalten, jedoch lange Zeit mit sehr prekären Bedingungen leben müssen, die häufig unterhalb des Minimums für andere britische Bürger sind. Lesen Sie die Zusammenfassung [hier](#); den ganzen Bericht finden Sie [hier](#).

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

BELGIEN / Rückgang von Abschiebungen und Regularisierung

Die Zahl der Abschiebungen ist in Belgien das erste mal seit 2010 zurückgegangen. Dies ist eine Konsequenz der Sparpolitik. 2014 wurden 2.586 undokumentierte Migrant/innen abgeschoben; 2013 waren es noch 3.167. Das Budget der Einwanderungsbehörde wurde in den letzten Jahren immer wieder gekürzt. Vor zwei Jahren gab es noch 600 Plätze in den Abschiebehaftanstalten verglichen mit 480 Plätzen aktuell. Abschiebungen sind trotz der Kürzungen für das Innenministerium weiterhin Priorität der Asyl- und Migrationspolitik.

Quellen: Migrations News Sheet, März 2015; [La Dernière Heure](#), 27. Februar 2015; [La Libre](#), 10. März 2015

EUROPARAT / Einführung der Kampagne gegen die Abschiebehaft von Kindern

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat die Kampagne gegen die Abschiebehaft von Kindern während einer Veranstaltung vom 20. bis zum 21. April 2015 in Straßburg eingeführt: innerhalb von zwei Jahre soll die Beendigung der Abschiebehaft von Kindern angestrebt werden. Die Kampagne folgt [PACE's richtungweisender Resolution](#) vom 3. Oktober 2014, und ruft die Mitgliedsstaaten auf, Abschiebehaft von Migrantenkinder zu verbieten und gemeinschaftsbasierte Alternativmodelle für Migrantenfamilien und Kinder zu entwickeln. Laut der Organisation International Detention Coalition (IDC) sind jährlich schätzungsweise 40.000 Migrantenkinder in Haft in Europa.

Quelle: [End Immigration Detention of Children](#), April 2015

FRANKREICH / Organisationen fordern Ende der Abschiebehaft von Kindern an Transitzenen von Flughäfen

Am 25. Juni 2015 haben Anafé, das Observatorium der Abschiebehaft von Ausländer/innen (Observatoire de l'enfermement des étrangers, OEE), das Netzwerk Bildung Ohne Grenzen (Réseau Education Sans Frontières, RESF) und das Journal der Rechte von junger Menschen (Journal du droit des jeunes) der französischen Regierung und dem französischen Parlament einen [offenen Brief](#) geschrieben, in dem sie für ein Ende der Abschiebehaft von Kindern in Transitzenen an Flughäfen aufrufen. Der Brief bezieht sich auf die Fälle eines dreijährigen und eines sechsjährigen Mädchen in Abschiebehaft. Beide verbrachten mehre Tage alleine in der einem Abschiebehaftszentrum in der Transitzone (Zone d'attente pour personnes en instance, ZAPI) des Roissy-Charles-de-Gaulle-Flughafens in Paris. Verwaltungsinterne Untersuchungen laufen in beiden Fällen; auch der Bürgerbeauftragte hat seine Untersuchung begonnen und hat die Gelegenheit genutzt, für ein Ende der Abschiebehaft von Migrantenkinder zu apellieren. Nach Informationen der Organisation Anafé gibt es in Frankreich 67 Abschiebehaftszentren in Transitzonenn; allein am Pariser Flughafen wurden 2013 mindestens 350 unbegleitete Kinder in solch einem Zentrum festgehalten.

Quellen: [Libération](#), 12. Juni 2015; [L'Express](#), 12. Juni 2015

PUBLIKATION / Positionspapier zur EU-Rückführungsrichtlinie

Die Plattform für Internationale Zusammenarbeit zu Migranten ohne Aufenthaltsstatus (PICUM) veröffentlichte am 28 April 2015 ein [Positionspapier](#) zur EU-Rückführungsrichtlinie ([2008/115/EC](#)). Das Papier unterstreicht die Bedeutung fundamentaler Grundrechte in der Migrationskontrolle und den Rückführungsmechanismen. Anhand von konkreten Fällen wird gezeigt, dass viele EU-Mitgliedsstaaten den Grundrechten nicht gerecht werden: so kommt es zum Beispiel immer wieder zu systematischer und langfristiger Abschiebehaft, der Abschiebehaft von Kindern und Familien und Menschenrechtsverletzungen bei den Rückführungsprozederen. Das Positionspapier ist auf [Englisch](#) und [Spanisch](#) erhältlich.

Quelle: [PICUM](#), 28. April 2015

INFORMATIONSBRÖSCHÜRE / Abschiebehaft reduziert irregulärer Migration nicht

Im April 2015 veröffentlichte die Organisation International Detention Coalition (IDC) eine Informationsbroschüre unter dem Titel „Schreckt Abschiebehaft ab?“ (“Does Detention Deter?”). Die Informationsbroschüre macht deutlich, dass Abschiebehaft nicht nur ineffektiv in der Verminderung von irregulärer Migration ist, sondern auch andere Maßnahmen der Migrationspolitik schwächt wie beispielsweise die Lösung von Fällen, die Integration von Personen, deren Aufenthalt zugestimmt wurde oder der Rückführung von Personen mit abgelehnten Anträgen. Außerdem zeigt das Dokument, dass die Entwicklung von politischen Maßnahmen so gestaltet werden sollten, dass die Situation der Migranten verbessert wird: durch Zunahme an Möglichkeiten zu regulärer Migration und die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunfts- oder Transitländern. Die Informationsbroschüre steht [hier](#) zum Download bereit.

BERICHT / Übersicht über Abschiebehaft von Migrant_innen im Mittelmeerraum

Das Global Detention Project veröffentlichte im April 2015 ein [Hintergrundpapier](#), das auf die Schwierigkeiten der im Mittelmeerraum festgenommenen Migrant/innen eingeht und erläutert inwiefern die EU-Politik die aktuelle Situation im Mittelmeerraum beeinflusst hat. Der Bericht konzentriert sich auf acht europäische und nordafrikanische Länder (Italien, Malta, Spanien, Libyen, Tunesien, Ägypten, Griechenland und Marokko) und informiert über die Abschiebehaftsbedingungen, beinhaltet sowie Entscheidungsprozesse in den jeweiligen Ländern. Der Bericht ist [hier](#) verfügbar.

USA / Demokraten fordern nach Richterspruch Ende der Abschiebehaft von Kindern und Familien

Am 27. Mai schickte die Mehrheit der Demokrat/innen im Repräsentantenhaus dem Minister für Heimatschutz (Homeland Security Secretary) Jeh Jonson einen [offenen Brief](#), in dem sie auf die negativen Konsequenzen der Abschiebehaft von Migrant/innen, insbesondere Kindern und Familien, eingehen und ein Ende dieser forderten. Die Unterzeichner/innen kritisierten außerdem, dass Kinder und Mütter, obwohl sie medizinischer Versorgung bedürfen, in Abschiebehaft sind. Ein Bundesgericht verbreitete im April 2015 eine vorläufige Regelung, nach der die Abschiebehaft von Kindern gegen einen 18 Jahre alten gerichtlichen Vergleich bezüglich der Abschiebehaft von Familien ist. Nach einem Memo heißt es in der Regelung, dass Kinder und ihre Familien nicht in Sicherheitsanstalten (wie in Karnes City und Dilley, Texas) festgehalten werden können, außer es bestünde ein Sicherheitsrisiko. Am 20. Februar 2015 urteilte der Bundesrichter James E. Boasberg, dass die Obama Regierung die systematische Abschiebehaft von undokumentierten Frauen und Kindern beenden müsse. Der Bundesrichter James E. Boasberg aus Washington DC erließ eine Verfügung, welche es der Regierung verbietet Migrant/innen allein aus Abschreckungszwecken festzunehmen. Mehr als 1.000 Migrantinnen und Kinder sind in Abschiebehaft in den USA.

Quellen: [Sputnik News](#), 28. Mai 2015; [New York Times](#), 20. Februar 2015; [U.S. Immigration and Customs Enforcement](#), 13. Mai 2015

VERÖFFENTLICHUNGEN UND ANDERE INFORMATIONEN

PUBLIKATION / Menschenrechtsindex für Migrant/innen und ihre Familien

KNOMAD's thematische Arbeitsgruppe zu MigrantInnenrechten und Sozialen Aspekten der Migration veröffentlichte im April 2015 ein Papier unter dem Titel Menschenrechtsindikatoren für Migrant/innen und Familien ('Human Rights Indicators for Migrants and their Families'). Das Dokument macht deutlich, dass die Verwendung von Menschenrechtsindikatoren für Migrant/innen die Beobachtung, Evaluierung und Verbesserung der legalen Situation von Migrant/innen erleichtern kann; dass die Verwirklichung der MigrantInnenrechte fundamental für die Integration multikultureller Gesellschaften ist und dass die Verwendung dieser Indikatoren zukunftsweisend für die Politikgestaltung ist. Die KNOMAD Serie von Arbeitspapier wird im Rahmen der Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD) verbreitet. Das Papier ist hier auf [Englisch](#) und auf [Spanisch](#) verfügbar.

REPORT / Schattenbericht über rassistische Verbrechen in Europa

Im Mai 2015 hat das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (European Network Against Racism (ENAR)) seinen Schattenbericht 2013-14 über rassistische Verbrechen in Europa veröffentlicht. Der Bericht hebt hervor, dass es keine systematische Erfassung von rassistischen Straftaten für Europa gibt und das in einzelnen Mitgliedsstaaten keine Daten zur Verfügung stehen. Zivilgesellschaftliche Organisationen in ganz Europa berichten jedoch von einem Anstieg der rassistisch motivierten Verbrechen im Jahr 2013. Das Papier vermerkt außerdem, dass die Opfer rassistischer Verbrechen häufig davor zurückschrecken, Taten der Polizei zu melden. Das gilt vor allem für undokumentierte Migrant/innen, häufig aus Angst vor Abschiebung. Der Bericht steht [hier](#) zum Download bereit. Neben dem Bericht hat ENAR außerdem einen [Zeichentrickfilm](#) vorgestellt, der zentrale Ergebnisse zusammenfasst.

Quelle: [ENAR Press statement](#), 6 May 2015